

Katharina Meiser

SCHULE MACHT DEMO- KRATIE

Impulse für eine neue Bildungskultur
zwischen Autonomie, Leistung und
Verantwortung





Gedruckt auf Recyclingpapier,
Umschlag aus 100 % baumfreiem Papier,
Upcycling aus Zuckerrohrrückständen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2026

ISBN 978-3-8012-0711-3

Copyright © 2026 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Tel. 0228/18 48 77-0 | info@dietz-verlag.de

Umschlag/Reihengestaltung: Petra Bähner, Köln

Satz: Kempken DTP-Service, Marburg

Druck und Verarbeitung: Schleunungdruck GmbH, Marktheidenfeld

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2026

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

1 Geschwächte Demokratie	8
2 Staat, bilde dich!	21
2.1 Daten ohne Taten	26
2.2 Lehrer machen Schule	40
2.3 Bildung fällt nicht vom Himmel	58
2.4 Abi für alle oder: Was ist eigentlich »gerecht«?	70
2.5 Pluralität und Leistungsanspruch	79
3 Autonomie macht Schule	92
Literaturverzeichnis	96
Internetquellen	101
Anmerkungen	104
Über die Autorin	117

Für Anke

*Was habe ich aus meinem Leben gemacht,
ist die zentrale Frage, und nicht: Was hat
man aus mir gemacht?*

(Wolfgang Beywl/Klaus Zierer)¹

*Es ist keine Frage des Angebots, es ist keine
Frage des Geldes. Es ist eine Frage der
grundätzlichen Einstellung, der Einstellung
zum Thema Bildung.*

(Susanne Eichholz)²

*Deutschland hat in der Bildung in erster
Linie weder ein Erkenntnis- noch ein Finanz-
problem. Es mangelt an der Bereitschaft,
das Notwendige zu benennen, und am Mut,
es umzusetzen.*

(Martin Spiewak)³

1 Geschwächte Demokratie

Die Deutschen haben Angst um die Zukunft ihres Landes!⁴ Was wir allerorts wahrnehmen, ist nicht mehr nur das übliche Geschimpfe auf die ungebildete Jugend, ist nicht die phasenweise aufkeimende Sorge um Konjunkturflaute, Inflation oder Fachkräftemangel, nicht das übliche Murren gegen *die da oben*. Und es sind auch nicht allein die Ängste vor Massenmigration und Weltuntergangsszenarien in Folge von Klimawandel oder drohendem Weltkrieg. Ein im Alltag merklich zu spürender, deprimierender, paralysierender Grundpessimismus und ein dummdreister Populismus haben sich über Deutschland gelegt. Es herrscht das allgemeine Gefühl, dass sich der Staat in existenziellen Fragen von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt hat und handlungsunfähig zu sein scheint. Wohingegen er sich in Fragen, deren Beantwortung dem autonomen Bürger überlassen bleiben könnte und sollte, übergriffig, überregulierend, ja freiheits- und meinungseinschränkend gebärdet. Laut einer repräsentativen Befragung der Körber-Stiftung ist »ein Leben in Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung und freie und geheime Wahlen« für 90 Prozent der Befragten wichtig. »Gleichzeitig sagten 71 Prozent aber auch, dass führende Personen in Politik und Medien in ihrer eigenen Welt lebten, aus der sie auf den Rest der Bevölkerung herabschauten.«⁵ Die Mehrheit der Befragten wünscht sich, stärker einzbezogen zu werden, dies auf kommunaler Ebene, aber auch auf Landes- und Bundesebene. Laut einer Studie im Rahmen des

Freiheitsindex 2023 gaben nur noch 40 Prozent der Befragten an, dass man in Deutschland seine politische Meinung frei äußern könne. Zum Vergleich: 1990 stimmten dieser Aussage immerhin 78 Prozent zu.⁶ Die Wählerstimmen für die AfD sind das Ergebnis eines gesellschaftlichen Klimas, das durch eine fehlerhafte politische Praxis gedeiht.

Die regierenden Politikerinnen und Politiker scheinen eine Kaste für sich zu bilden, die ihre Staubwedel gleichermaßen hilflos über große, seit Jahrzehnten gewachsene und kleine, zeitgeistige Probleme wedelt. Dies in der trügerischen Mission, in Windeseile einhellige Lösungen präsentieren zu müssen, anstatt deliberativ vorzugehen. Begleitet wird diese Berufspraxis von Komplexitätsreduktion: Eingängige Lösungen und einfache, unumstößliche Wahrheiten sollen her, damit nicht der Eindruck von gesellschaftlicher Spaltung, Überforderung und unübersichtlicher Komplexität entsteht, getreu dem Wahlspruch: Der Mensch bevorzugt einfache Botschaften zwecks leichter Orientierung. Die öffentliche Berichterstattung zieht mit. Auch das Sprach- und Differenzierungsniveau der überregionalen Tageszeitungen ist mit dem von vor zehn Jahren nicht mehr vergleichbar.

Dass wir als Bürgerinnen und Bürger in gesellschaftlichen, politischen und medialen Debatten immer weniger mit vernunftgeleiteten gesellschaftspolitischen Reflexionen zu tun haben sowie mit vermittelnden Kompromissen zwischen divergierenden Positionen, dafür immer mehr mit emotional-moralischen, oft binär organisierten Oppositionen und einseitig interessengeleiteter oder in »einfacher Sprache« vorgebrachter Kommunikation – das sind Erscheinungsformen einer Tendenz zur Vereinfachung und intellektuellen Verflachung, wie sie aktuell oft zu beobachten ist: entweder

Elektroauto oder persönlich mitverantworteter Weltuntergang; entweder Grenzen schließen oder Massenmigration, entweder Krieg oder Frieden. Die reale Komplexität der Problemkonstellationen wird negiert. Anstatt vernunftgeleitet, sachbezogen und mit einer den Inhalten adäquaten Differenzierung vorzugehen, unterwerfen Politik und Medien sich zusehends einem emotional aufgeladenen Moraldiskurs und dem Irrglauben, es allen recht machen zu müssen – oder im Zweifel denen, die sich am lautesten und effektivsten inszenieren. Die »Moralisierung quasi aller gesellschaftlichen und politischen Fragen« zielt auf »Emotionalisierung« und auf »Massenmobilisierung im Kampf um die öffentliche Meinung«.⁷ Solcherart moralisch geführte Debatten mobilisieren Gefühle und entlasten vom Nachdenken, was in der Folge zur Ideologisierung beiträgt.⁸

Mit dem derzeitigen Politikstil wird die ursprüngliche demokratische Praxis immer mehr aufgeweicht und an den eigentlichen Bedürfnissen der Mehrheit vorbei regiert. Das zeigt zum einen der resignierte Rückzug ins Private, zum anderen der Zulauf zu Rechts- und Linkspopulisten, die versprechen, wieder politische Formen der Vergemeinschaftung aufzubauen, Grundbedürfnisse zu bedienen und echte Veränderungen durchzusetzen. Auf den Europa- und Landtagswahl-Plakaten vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) konkurrierten in antinomischer Parallelisierung Signalwörter, die – scheinbar logisch – nur einen Lösungsweg zulassen: »Gier oder Gerechtigkeit«, »Krieg oder Frieden«. »Sie haben die Wahl!« »Jetzt!« Sprache formt das Bewusstsein. Warum kompliziert, wenn's auch einfach geht.

Wer aber soll unsere Demokratie denn noch ernst nehmen, wenn das Ringen um Konsens im pluralistischen Nebenein-

ander der Perspektiven und Positionen auch öffentlich-medial als Versagen interpretiert wird und Regierungen nach möglichst schnellen und eingängigen Passepartout-Lösungen streben, um das Volk nicht mit anstrengenden Debatten zu überfordern?

Zu suggerieren, Zusammenhalt (und Demokratie) blieben nur gewahrt, wenn man alle *mitnahme* oder *abhole*, verrät ein zutiefst paternalistisches Verständnis von Politik: Es gibt bei allen Konflikten – ob es nun um Interessen, Ideen oder auch Identitäten geht – Gewinner und Verlierer. Der Clou der Demokratie ist nicht, dass alle immer gewinnen, sondern dass Verlierer immer eine Chance bekommen, die Dinge anders zu gestalten. Zweifelsohne ist die Bereitschaft, sich mit der Verliererrolle abzufinden, voraussetzungsvoll: Man muss bereit sein, es weiterhin in einem politischen Raum mit anderen auszuhalten, deren Ideen man falsch findet oder deren Interessen man partout nicht teilt.⁹

Muss eine Demokratie ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht mehrheitlich zutrauen, sachliche Kontroversen als konstruktiven Teil des täglichen politischen Geschäfts auszuhalten, in dem schließlich um Mehrheiten gerungen wird? Und darf ein Bürger nicht erwarten, dass die Gegenstände dieser Verhandlungen für die Mehrheit diskussionswürdig sind? In Deutschland scheint im Gegenteil die Mehrheit immer häufiger auf der Hut zu sein. Denn wer nicht diskriminiert wird, gilt mir nichts, dir nichts als privilegiert. Wer aber von der sogenannten privilegierten Warte aus zu sprechen wagt, macht sich verdächtig.¹⁰ Während zum Beispiel in unseren Nachbarländern besonders begabte Menschen gezielt gefördert wer-

den und die Bildung von Eliten zum demokratischen Selbstverständnis gehört, zieht sich die intellektuelle und wirtschaftliche Elite in Deutschland aus Angst vor sozialer Ächtung immer stärker zurück, wandert in die Schweiz aus oder nach Dubai.¹¹ Wenn besonders gebildete, erfolgreiche und Verantwortung tragende Menschen sich nicht mehr trauen beziehungsweise keinen Sinn mehr darin sehen, sich in Deutschland zu engagieren und öffentlich zu schreiben oder zu sprechen,¹² ist es nicht verwunderlich, dass auch politische Verantwortungsträger ihren Ämtern und der Öffentlichkeit bald ebenfalls den Rücken kehren. Sogar der eigentliche Hort der Freiheit, die Wissenschaft, schränkt sich mittlerweile durch eine absurde Selbstdzensur ein: »Bedroht ist alles, was durch das Raster einer überzogenen politischen Korrektheit fällt. [...] Was Einzelne verletzen könnte, soll nicht mehr gelehrt werden, was als rassistisch, islamo-, trans- oder homophob gilt, nicht mehr beforscht werden. Forschung und Lehre werden dadurch weltanschaulich normiert und politisch instrumentalisiert.«¹³ Da es nun aber »kaum ein Kunstwerk der letzten zweitausendfünfhundert Jahre gibt, das aus heutiger Sicht nicht gewaltverherrlichend, militaristisch, misogyn oder sonstwie Ausdruck irgendeiner Intoleranz ist«, müsste sich, schlussfolgert Alexander Grau sarkastisch, auf diese Weise die gesamte Kulturgeschichte der Menschheit abschaffen.¹⁴

Die wachsende Tendenz zur moralisierenden Komplexitätsreduktion hat mit der Politik von 2020 bis 2022 einen hervorragenden Nährboden gefunden, als Bürgerinnen und Bürger plötzlich wieder qua Notgesetz bis ins Denken und Handeln hinein bevormundet und diffamiert werden durften, weil angesichts von Angst und Gefahr (endlich wieder?!) klar zu sein schien, was gut, was böse war. Eine ehrliche mentali-

tätsgeschichtliche Aufarbeitung dieser aus heutiger Sicht massiv demokratiegefährdenden und gesellschaftsspaltenden Schwarz-Weiß-Malerei, die von der Politik wie von weiten Teilen der Presse gleichermaßen betrieben wurde, würde unserer dahinschwindenden Demokratie gewiss einen überaus großen Dienst erweisen. Gar nicht zu reden von einer redlichen Selbstbefragung aller, wie sie (nicht) auf diese Politik reagiert haben.

Wer immerzu mit scheinbar einfachen Wahrheiten gefüttert wird, wird sich zum autonomen Denken bald nicht mehr aufschwingen können oder wollen. Oder kurz: Geistige Unterversorgung und Unterforderung, ja mangelnde Aufklärung und Bildung bei gleichzeitiger Bevormundung und Bemutterung führen wahlweise zu Radikalisierung und Ideologisierung oder zu geistiger Trägheit und Verkümmерung und damit schnurstracks in die Unmündigkeit. Geistige Bequemlichkeit hinwieder ist die ideale Basis für totalitäre Strukturen. Bürgerinnen und Bürger, die vom Perspektiven-, Meinungs- und Wahrheitspluralismus, von der kritischen Selbstreflexion und von der Selbstverantwortung entwöhnt worden sind, folglich vermehrt nach einfachen Lösungen rufen und einfache Wahrheiten verkünden, höhlen die Demokratie von innen aus. Und Politiker und Medien, die einer demokratischen Gesellschaft keine Selbstverantwortung, keine Streitkultur, keine Komplexität, keine Kompromissbereitschaft zutrauen und ihr keine (Denk-)Leistungen abverlangen, sondern im Gegenteil Autonomie und Leistungserwartungen als Zumutungen miss verstehen, hebeln das Projekt Aufklärung aus und entziehen der Demokratie ihre Basis. Ganz zu schweigen von einer oft nur noch sich selbst genügenden, dysfunktionalen Bürokratie, die ein